



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien


Siegmund Ehrmann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 1.448**


 (030) 227 – 77 654


 (030) 227 – 76 654

 siegmund.ehrmann@bundestag.de

### **Wahlkreis**

Hopfenstraße 4  
47441 Moers


 (02841) 99 805 99


 (02841) 99 805 88

 siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

### **Wahlkreis**

Südwall 38  
47798 Krefeld

 (02151) 31 96 50

 (02151) 82 07 611

 siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 25. April 2008

## **Bericht aus Berlin 06/2008**

### **- I. Zur Lage**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Die Führungsgremien der Partei haben am Montag dem Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Bahnreform zugestimmt. Damit ist der Weg nun frei für eine Teilprivatisierung der Bahn, bei der die Infrastruktur (Netz, Stationen, Service, Energieversorgung) zu 100 Prozent beim Bund bleibt und sämtliche Verkehrs- und Logistikaktivitäten unter einem Dach zusammengefasst werden. Private Investoren können sich daran bis zu maximal 24,9 Prozent beteiligen. Mit diesem Modell werden die zentralen Kriterien unseres Parteitagsbeschlusses umgesetzt:

- Es gibt keine Zerschlagung der Bahn.
- Der Beitrag des Bundes und der Bahn zur Daseinsvorsorge bleiben gewährleistet.
- Es wird auch weiterhin keinen Einfluss privater Investoren auf die Unternehmenspolitik geben.



**Siegmond Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

Die Weichen für eine gute Zukunft der Bahn sind damit richtig gestellt. Am kommenden Montag werden wir im Koalitionsausschuss unser Modell beraten. Klar ist, dass die Begrenzung privater Beteiligung auf 24,9 Prozent für uns in den Koalitionsgesprächen nicht verhandelbar ist.

Ein weiteres wichtiges Thema: Die Beratungen des Bundeshaushaltes 2009 werden die schwierigsten in der Zeit der Großen Koalition. Bis zum Sommer wird das Kabinett einen Entwurf für einen Bundeshaushalt 2009 und eine mittelfristige Finanzplanung vorlegen. Erst ab September ist das Parlament gefordert, wenn die 1. Lesung des Haushaltes im Plenum erfolgt. Auch ich halte es für unabdingbar, dass wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes im Jahr 2011 erreichen, einen Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt.

Stichwort Innere Sicherheit

Seit der Föderalismusreform I ist das BKA für die präventive Terrorbekämpfung zuständig. Durch das BKA-Gesetz wollen wir dem BKA umfassende polizeiliche Befugnisse bei der Abwehr der Gefahren durch den internationalen Terrorismus verschaffen. Bei der jetzt diskutierten optischen Wohnraumüberwachung haben sich die Bundesjustizministerin und der Bundesinnenminister an den Polizeigesetzen der Länder orientiert. Es handelt sich also um keinen völlig neuen Regelungsgehalt, sondern vielmehr um eine gängige polizeiliche Befugnis, die in den Polizeigesetzen vieler Länder längst etabliert ist. Das, was jetzt im Entwurf steht, stand übrigens von Anfang an in den Entwürfen des Bundesinnenministers.

Und was macht Herr Rüttgers?

Nach der Pendlerpauschale, den Forderungen nach Steuersenkungen nun also eine höhere Rente für Geringverdiener! Es hat fast den Eindruck, der Populismus hat nun auch Teile der Union infiziert. In der Union herrscht ein heillooses Chaos. Ganz vorne mit dabei ist wieder einmal Herr Dr. Jürgen Rüttgers aus NRW. Er schlägt eine höhere Rente für Niedrigverdiener vor, vergisst aber zu erwähnen, wie er das bezahlen will. Möchte er die Rentenversicherungsbeiträge anheben, möchte er das über höhere Steuern finanzieren oder will er das Ziel eines ausgeglichenen Bundes-



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

haushaltes beerdigen? Mehr als wohlfeile Parolen bringt Rüttgers wieder einmal nicht zustande. Er weckt Hoffnungen, die er realistischer Weise nicht halten kann. Natürlich bewegt auch uns die Frage, wie wir die Renten auch in Zukunft sichern können. Aber von uns wird es keine Schnellschüsse geben. Wir werden zu gegebener Zeit ein seriöses Konzept vorlegen, das durchgerechnet und klar nachvollziehbar ist. Krokodilstränen à la Rüttgers helfen den Menschen nicht. Renten können nur in dem Maße steigen, wie Löhne steigen. Und: Wer für eine Ausweitung des Niedriglohnsektors ist und alles dafür tut, dass ein gesetzlicher Mindestlohn torpediert wird, darf sich ehrlicherweise nicht über niedrige Renten wundern. Je mehr Menschen ordentlich verdienen, desto mehr haben später eine gute Rente. Auch das ist ein zusätzliches Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn.

Mit freundlichen Grüßen



**Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

## II. Zur Woche

### **Ratifizierung des EU-Reformvertrages (Vertrag von Lissabon)**

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) den Vertrag von Lissabon. Durch diesen soll die EU demokratischer, transparenter und effizienter werden. Die größer gewordene Union bleibt handlungsfähig und wird in die Lage versetzt, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und den Zukunftsfragen zu stellen. Der Vertrag stärkt die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU, den Grundrechtsschutz durch die Rechtsverbindlichkeit der europäischen Grundrechtecharta sowie die Rechte des Europäischen Parlaments. Er schafft außerdem Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle. Durch die Einigung über den Reformvertrag wird jetzt ein über sechsjähriger Prozess zu Ende geführt.

Wir müssen den Vertrag von Lissabon nun ratifizieren und in deutsches Recht umsetzen. Dies tun wir durch die folgenden drei Gesetze, die wir in dieser Woche verabschieden.

Durch das Vertragsgesetz (**Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007**), sollen die von deutscher Seite erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschaffen werden. Der Bundestag muss dem Vertrag gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zustimmen.

Der Vertrag von Lissabon verleiht den Parlamenten der Mitgliedstaaten - damit auch dem Bundestag und dem Bundesrat - erstmalig direkte Mitwirkungsrechte gegenüber Organen der Europäischen Union. Für die Wahrnehmung dieser Rechte bei der Subsidiaritätskontrolle sowie bei institutionellen Entscheidungen schafft das **Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union** (sog. Begleitgesetz) die innerstaatlichen Voraussetzungen.

Die entsprechenden nötigen Änderungen des Grundgesetzes nehmen wir durch das **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23 und 45 und 93)** vor.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

### **Eigenheimrentengesetz**

In 1. Lesung beraten wir in dieser Woche das Eigenheimrentengesetz. Seit Einführung der Riester-Rente sind mehr als 10 Millionen Versicherungspolice abgeschlossen worden. Diese Zahl zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit ergänzender Alterssicherung sehen und danach handeln. Mit dem sog. Wohnriester-Gesetz wollen wir auch selbst genutztes Wohneigentum in die steuerlich geförderte Altersvorsorge einbeziehen und damit noch mehr Anreize für eine zusätzliche private Altersvorsorge schaffen. Besonders wichtig: Wir führen einen Berufseinsteigerbonus von einmalig 100 Euro für alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres ein.

### **Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls**

Das Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls beruht auf Empfehlungen einer Expertengruppe (aus Familiengerichten, aus Kinder- und Jugendhilfe, Verbänden), die einer Verabredung im Koalitionsvertrag entsprechend eingesetzt worden war. In dieser Woche beraten wir abschließend über das Gesetz. Es soll bewirken, dass Familiengerichte und Jugendämter besser zusammenarbeiten und dass die Gerichte früher, präziser und im Fall einer Gefährdung des Kindeswohls auch mit mildereren Mitteln eingreifen können. Grundsätzlich sollen gefährdete Kinder durch frühzeitige Einschaltung der Familiengerichte und durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Jugendämtern schneller und besser vor der Gefahr einer Verwahrlosung geschützt werden. Ausgangspunkt aller Überlegungen ist die Erkenntnis, dass Prävention das beste Mittel ist, um Kinder effektiv vor Gefährdungen zu schützen. Insbesondere haben wir jetzt Möglichkeiten geschaffen, um frühzeitiger und stärker auf die Eltern einzuwirken, auch um diese anzuhalten, notwendige öffentliche Hilfen in Anspruch zu nehmen.



**Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

## **Koalitionsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG)**

Wir werden in dieser Woche in 1. Lesung den Koalitionsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) beraten.

Der im BKGG geregelte Kinderzuschlag wird zum 1. Oktober 2008 weiterentwickelt und verbessert die Situation der Eltern und ihrer Kinder.

Zum einen werden die Regelungen für die Verwaltung und die Berechtigten einfacher und transparenter: Werden die pauschal festgesetzten Mindesteinkommensgrenzen (600 Euro für Alleinerziehende bzw. 900 Euro für Paare pro Monat) erreicht, besteht Anspruch auf den Kinderzuschlag.

Zum andern setzen wir einen besseren Anreiz für Eltern, das Einkommen aus eigener Arbeit zu steigern: Geraten Eltern durch die Verbesserung der Einkünfte insgesamt über die Bemessungsgrenze (Summe der ALG-II Leistungen) werden künftig von jedem verdienten Euro nur noch 50 statt bisher 70 Cent auf den Kinderzuschlag angerechnet.

Der Kinderzuschlag erreicht auf der Grundlage des geltenden Wohngeldrechts durch die Änderungen voraussichtlich zusätzlich rund 50.000 Berechtigte mit rund 120.000 Kindern. Es werden damit mehr Familien unabhängig von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Kinderarmut wird vermindert, gerade auch in Familien mit vielen Kindern und mit jungen Kindern.

## **Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften**

Wir werden diese Woche in abschließender Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften beschließen. Geregelt wird in diesem Gesetz u. a. eine deutliche Wohngelderhöhung zum 1. Januar 2009. Das Wohngeld steigt von durchschnittlich 90 Euro auf 142 Euro (+60 Prozent).

Erstmals wird in das Wohngeldgesetz eine Heizkostenkomponente eingeführt. Diese beträgt 0,50 Euro pro m<sup>2</sup> normierter Wohnfläche.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

### **Änderung bei Vereinbarung von Erfolgshonoraren**

Durch das Gesetz zur Neuregelung des Verbots der Vereinbarung von Erfolgshonoraren, das wir in dieser Woche verabschieden, wird künftig die Vereinbarung eines anwaltlichen Erfolgshonorars, also eine erfolgsabhängige Bezahlung, in Ausnahmefällen ermöglicht. An dem bislang bestehenden grundsätzlichen Verbot einer solchen Verabredung soll aber festgehalten werden.

Das Gesetz setzt einen entsprechenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 2006 um. Nach dem genannten Beschluss ist das Verbot selbst verfassungsgemäß. Es ist aber insofern nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, als es nicht in besonderen Fällen eine Ausnahme zulässt. Eine gesetzliche Neuregelung muss bis zum 30. Juni 2008 erfolgen. Anderenfalls entfällt das Verbot ersatzlos.

Ein Erfolgshonorar soll daher künftig dann vereinbart werden können, wenn damit besonderen Umständen im Einzelfall Rechnung getragen wird. Insbesondere also dann, wenn der Mandant ansonsten auf Grund seiner wirtschaftlichen Situation davon abgehalten würde, seine Rechte zu verfolgen.

### **Übereinkommen gegen Folter**

Künftig sind zur Verhütung von Folter und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen von Menschen national unabhängige Gremien einzurichten. Diese Gremien müssen Besuchs- und Empfehlungsrechte erhalten. Zur Umsetzung dieser Pflicht beraten wir in dieser Woche in 1. Lesung den Gesetzentwurf zu dem Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Vorgesehen ist die Einrichtung einer Bundesstelle zur Verhütung von Folter sowie einer Länderkommission.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

### **Robbenerzeugnis-Verbotsgesetz**

In 1. Lesung beraten wir in dieser Woche den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum Verbot der Einfuhr, der Verarbeitung und des Inverkehrbringens von Robbenerzeugnissen.

Ziel des Entwurfes ist ein nationales Import-, Be- und Verarbeitungsverbot sowie ein Verbot des Inverkehrbringens von Robbenerzeugnissen. Die geplanten Verbote sind aus Tierschutzgründen erforderlich und tragen der überwiegenden Ablehnung der grausamen, nicht tierschutzgerechten Robbenjagd Rechnung. Im deutschen Recht fehlt bislang eine solche Regelung. Wir streben eine nationale Regelung an, da ein gesamteuropäisches Einfuhrverbot derzeit nicht realisierbar erscheint. Ein fast wortgleicher Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt momentan der EU-Kommission im Rahmen des Notifizierungsverfahrens (Anzeige- und Genehmigungsverfahren) vor. Wir wollen mit der Einbringung des Koalitionsentwurfes das gesamte Verfahren beschleunigen.



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

### III. Aktuelles Thema

#### Wir regieren!

Wir Sozialdemokraten stehen in der Großen Koalition für soziale Gerechtigkeit, für ökologisches Handeln und für wirtschaftliche Vernunft. Wir sorgen dafür, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Während die einen Sozialpolitik lediglich als ein Mehr und ein Höheres an Transferleistungen definieren, andere die Wirtschaftspolitik betonen und die Rechte von Arbeitnehmern einschränken wollen und wiederum andere lediglich die Ökologie in den Vordergrund stellen, setzen wir auf nachhaltigen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, ökologisches Handeln und wirtschaftliche Vernunft keine Gegensätze. Wir machen Politik für die Menschen, nicht für eine Klientel.

#### Arbeitsmarkt/Sozialpolitik

- Wir haben den **Mindestlohn** im Postdienstgewerbe eingeführt. Zum 31. März haben weitere acht Branchen die Aufnahme in das Arbeitnehmerentsendegesetz beantragt. Insgesamt wären damit mehr als 3,3 Millionen Menschen in den Schutz des Mindestlohnes einbezogen.
- Wir sichern die Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. **Kündigungsschutz, Tarifautonomie** und gewerkschaftliche **Mitbestimmung** sind bei uns in guten Händen.
- Rund 840.000 Haushalte erhalten nun zum 1. Januar 2009 **Wohngeld**. Das Wohngeld wird von durchschnittlich 90 auf 142 Euro erhöht (+60 Prozent). Das hilft vor allem Rentnern und Familien mit Kindern.
- Die **Renten** steigen zum 1. Juli um 1,1 Prozent. Damit werden auch die Rentner am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt.
- Wir führen befristet einen **Ausbildungsbonus** ein. 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sollen so bis 2010 für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden.

#### Wirtschaft

- 24,7 Milliarden Euro stehen im Haushalt 2008 für **Investitionen** bereit. Ein Großteil dieser Gelder fließt in die Förderung von Mittelstand und Handwerk und in den Ausbau der Infrastruktur.



## Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

- Wir haben die **Lohnnebenkosten** deutlich gesenkt. Zuletzt zum 1. Januar 2008 durch die Absenkung des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung. Insgesamt liegen die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent. Der Anteil für die Unternehmen liegt bei 19,8 Prozent.
- Wir erleichtern **Unternehmensgründungen**, u. a. durch ein Absenken des für eine Gründung einer GmbH notwendigen Stammkapitals von 25.000 auf 10.000 Euro. Firmengründungen werden so erleichtert und gefördert.
- Wir entlasten **kleine und mittlere Unternehmen** von unnötiger Bürokratie und Überregulierung. Existenzgründer wurden z. B. von statistischen Meldepflichten befreit und Buchführungspflichten wurden erleichtert.

### Bildung

- Wir haben unter rot-grün damit begonnen, die **Ganztagsschulen** auszubauen. Mit gutem Erfolg: Seit 2003 haben bislang knapp 6.400 Ganztagsschulen von der Förderung aus dem 4-Milliarden-Programm profitiert.
- Zum Wintersemester 2008/2009 steigen die Bedarfssätze beim **BAföG** um 10 Prozent und die Freibeträge werden um 8 Prozent erhöht. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro.
- Deutschland investiert mehr Geld in **Forschung und Entwicklung** als die meisten EU-Staaten. 2008 sind es rund 2,7 Prozent des BIP.

### Familie

- Auf unsere Initiative hin hat die Große Koalition das **Elterngeld** eingeführt. Mit dem Elterngeld schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen.
- Die **Kinderbetreuung** ab dem 1. Lebensjahr kommt. Gut für die Kinder und gut für die Eltern.
- Mit einer Reform des familienrechtlichen **Unterhaltsrechts** haben wir die Rechte und die Versorgung von Kindern weiter gestärkt. Minderjährigen Kindern wird bei der Gewährung von Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen der erste Rang, und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt. Wir haben den **Kinderzuschlag**, der verhindert, dass Eltern wegen ihrer Kinder bei niedrigem



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

Einkommen Arbeitslosengeld II beziehen müssen, weiterentwickelt. Künftig werden mehr Familien mit Kindern erreicht.

### Umwelt- und Klimaschutz

- Moderne Umweltpolitik und erfolgreiche Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze. Mit den 2,6 Milliarden Euro, die 2008 für **Klimaschutzmaßnahmen** bereit stehen - eine Verdreifachung seit 2005 -, werden u. a. innovative Technologien zum effizienten Einsatz von Energie gefördert.
- Umwelt- und Klimaschutz schaffen **Arbeitsplätze**. Inzwischen arbeiten rund 249.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Tendenz steigend. Bis 2020 werden 400.000 Menschen in diesem Bereich arbeiten.
- Das **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm** liefert nicht nur wichtige Impulse für Energieeffizienz und Klimaschutz, sondern auch für die Baukonjunktur und Arbeitsplätze. Von 2006 bis Dezember 2007 wurden mit Fördermitteln über 400.000 Wohnungen energetisch saniert und zusätzlich rd. 107.000 Wohnungen in besonders energiesparender Bauweise errichtet.
- Es bleibt dabei. Mit uns wird es keine Aufweichung des **Atom-Ausstiegs** geben. 48 Staaten folgen inzwischen unserem Weg zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier liegen die Märkte der Zukunft.

### Finanzen/Steuern

- Sozialdemokraten können mit Geld umgehen: Wir haben die **Neuverschuldung** innerhalb von zwei Jahren mehr als halbiert und die **Staatsquote** in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt. Gleichzeitig liegt der **Eingangssteuersatz** auf einem Tiefststand und der **Grundfreibetrag** ist so hoch wie noch nie.
- Wir haben die **Reichensteuer** eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Spitzenverdiener ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro zahlen einen Aufschlag auf ihre Steuer.
- Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass aus der **Erbschaftsteuer** auch in Zukunft den Ländern 4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Wäre es nach der Union gegangen, würde die Erbschaftsteuer zum Ende dieses Jahres auslaufen.



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

---

- Starke Schultern müssen mehr leisten. Deshalb machen wir ernst beim Abbau von ungerechtfertigten **Steuervergünstigungen**. So haben wir beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt.
- Wir haben die finanzielle Basis von **Städten** und **Kommunen** mit der Unternehmenssteuerreform gestärkt und die Gewerbesteuer weiterentwickelt.

Es ist gut, dass wir Sozialdemokraten regieren - jetzt und in Zukunft. Wir wollen in der Regierung dafür sorgen, dass

- es einen flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** gibt, von dem die Menschen auch selbständig durch ihre Arbeit leben können,
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird. Deshalb wollen wir die Missbräuche, die es in der **Zeitarbeitsbranche** gibt, beseitigen,
- die Dienstleistungen der **Bundesagentur für Arbeit** weiter verbessert werden. Bürger, die Arbeit suchen, sollen die bestmögliche Unterstützung durch die BA erhalten,
- **Tarifautonomie, Mitbestimmung** und **Kündigungsschutz** nicht angetastet werden,
- Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens beteiligt werden. Deshalb treten wir dafür ein, die **Mitarbeiterbeteiligung** auszuweiten,
- die verschiedenen Zweige unseres **Bildungssystems** deutlich durchlässiger werden. Weiterbildung muss zur vierten Säule des Bildungssystems ausgebaut werden,
- die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickelt wird,
- das **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz** weiter verbessert wird. Die Aufstiegsfortbildung muss zu einem echten Fachkräfte-BAföG fortentwickelt werden,
- mithilfe von Altersteilzeit und Teilrente flexiblere Übergänge in die **Rente** ermöglicht werden,
- die Bildung von Wohneigentum in die Förderung der **Riester-Rente** einbezogen werden,
- die Rahmenbedingungen für **Praktikanten** verbessert und Missbrauch beim Berufseinstieg unterbunden wird,
- es auf den internationalen und nationalen **Finanzmärkten** mehr Transparenz und Stabilität gibt,



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

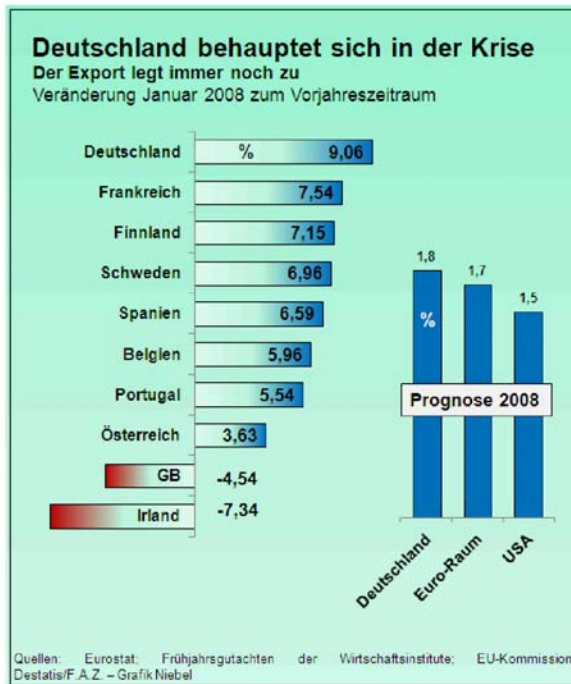
---

- wir alle Möglichkeiten prüfen, völlig überzogene **Managergehälter** und Abfindungen zu begrenzen und transparenter zu gestalten,
- wir weiterhin Vorreiter im **Klimaschutz** bleiben.



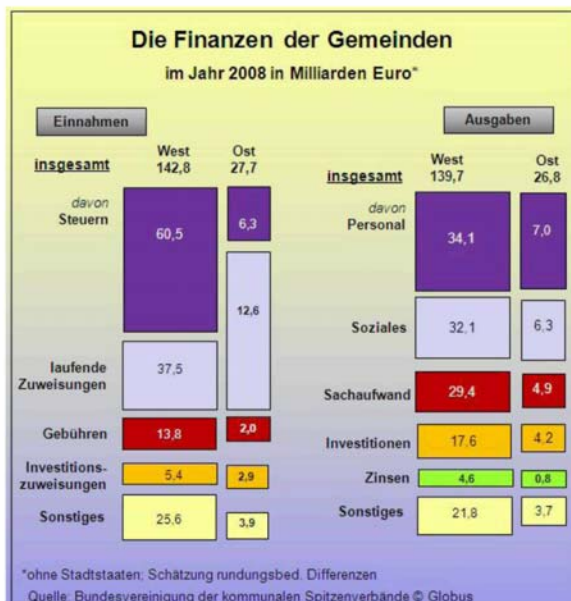
## IV. Standort Deutschland

### 1. Deutschlands Export legt weiter zu



Trotz eines schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfeldes, legt Deutschland beim Export weiter zu. Auch in diesem Jahr wird Deutschland im Euro-Raum die Wachstumslokomotive sein.

### 2. Verbesserte Finanzlage



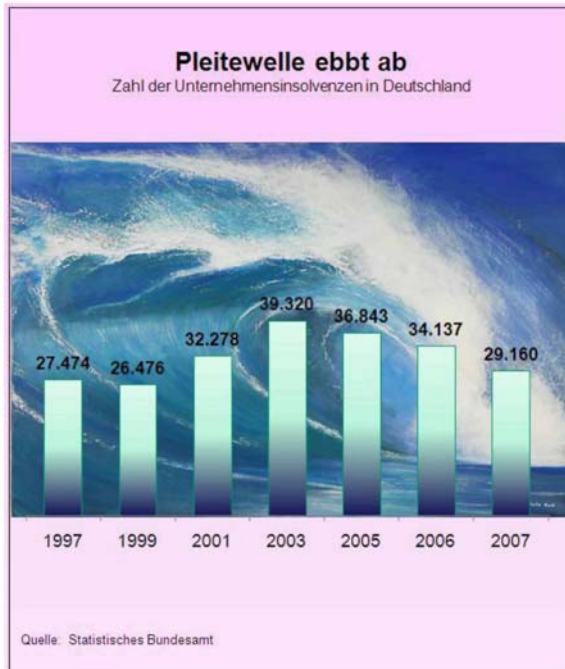
Die Finanzlage vieler Städte hat sich im vergangenen Jahr weiter verbessert. Im kommunalen Gesamthaushalt 2007 gab es deutliche Zuwächse bei den Einnahmen, ein Plus bei den kommunalen Investitionen und einen Überschuss von über sechs Milliarden Euro.



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertr. Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur und Medien

### 3. Weniger Insolvenzen



Der Aufschwung hat sich auch auf die Insolvenzen ausgewirkt: Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland ist im vergangenen Jahr auf 29.160 gesunken. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren das fast 15 Prozent weniger als im Vorjahr (34.137). Weniger Insolvenzen hatte es zuletzt im Boomjahr 2000 gegeben, als 28.235 Firmen Zahlungsunfähigkeit angemeldet hatten.